

# Dresdener Volkszeitung

Verlag: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dresden, Gehr. Krichow, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt.

Abonnementpreis: einschließlich Frangierlohn monatlich 200.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 240.— M., Einzelnummer 8.— M., Sonntagsnummer 10.— M., Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Druckstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Verkaufszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltenen Reklamzeile 20.— M., Familienanzeigen 14.— M., die 8 gespaltenen Reklamzeile 75.— M. Bei mehrmaliger Aufgabemehrung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Kleinanzeigen 3 M.

Nr. 235

Dresden, Sonnabend den 7. Oktober 1922

33. Jahrg.

## Sozialdemokratie und Teuerung

Der Dollarkurs, der Lebensindex des deutschen Volkes, steht über 2000. Er zeigt, wie schlimm es um die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes bestellt ist. Unser Elend veranlaßt uns in erster Reihe den Krieg und dem Zusammenbruch, aber auch zum großen Teil der Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien, die durch die Einführung der freien Wirtschaft dem Wucher und der Ausbeutung Lüz und Lör geöffnet haben. Mit Recht erwarten die Massen jetzt von der Sozialdemokratie, daß sie alle Kräfte anspannt, um ihnen Hilfe in ihrer kühnen Not zu bringen.

Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien, das Ziel jahrelanger Sehnsucht des größten Teiles des deutschen Proletariats, ist nun endlich erreicht. Es ist selbstverständlich, daß die neue vereinigte Partei mit aller Kraft versuchen wird, gegen die schwere Not, die auf den Massen des deutschen Volkes lastet, anzukämpfen. Freilich, wir werden uns auch von der Vereinigten Partei keine Wunderdinge verheißen dürfen. Noch immer haben wir nicht die in Deutschland so dringend notwendige Einheitsfront des Proletariats. Die Kommunisten stehen nicht nur abseits, sie erschweren auch durch ihre Quertreibereien die Arbeit der Sozialdemokratie.

In der Reichsregierung, dem Reichstag und den meisten einzelstaatlichen Parlamenten haben wir bürgerliche Mehrheiten. Alles was wir überhaupt erreichen können, müssen wir in kühnem Ringen erkämpfen. Trotzdem können wir damit rechnen, daß die Vereinigung der beiden Parteien die Kraft des Sozialismus stärken wird. Mit neuem Mut können wir an die Arbeit gehen, um den notleidenden Massen zu helfen.

Die größte Gefahr für das deutsche Volk ist heute die Herrschaft unserer Währung. Keine noch so hohe und ungerechte Steuer könnte den Massen so große Verluste bringen wie die schnelle Zunahme der Teuerung, mit der unsere Löhne und Gehälter nicht Schritt halten. Es liegt also vor allem im Interesse des Proletariats, daß unsere Währung stabilisiert wird. Ob es gelingen wird, unsere Mark zum Stehen zu bringen, hängt freilich in erster Reihe von außenpolitischen Faktoren, besonders davon ab, ob die Reparationsfrage einigermassen vernünftig gelöst wird. Aber damit ist nicht gesagt, daß wir die Hände in den Schößen legen dürfen. Es stünde heute um unsere Währung wahrscheinlich besser, wenn unsere ganze Wirtschaftspolitik in höherem Grade auf unsere Währung Rücksicht genommen hätte. Und selbst wenn unsere Reparationsverpflichtungen sehr gemildert würden, wären wir der Sorge um unsere Währung noch nicht überhoben. Wir brauchen in Deutschland eine Wirtschaftspolitik, die bestrebt ist, die deutsche Zahlungsbilanz günstig zu beeinflussen. Es muß mit der größten Energie

### gegen die Einfuhr entbehrlicher Güter

angekämpft und es muß dafür gesorgt werden, daß wir die im Ausland erzeugten Nahrungsmittel sparsam verwenden, um den notwendigen Nahrungsbedarf des deutschen Volkes sicherzustellen. Damit wir nicht allzuvielen ausländischen Nahrungsmitteln einzufließen brauchen. Es kommt dann weiter darauf an, daß wir den Ertrag unseres Bodens nach Möglichkeit steigern. Heute überläßt es der Staat einem jeden, wie er sein Land bebauen will. Das Reich muß aber den Grundbesitz ausstellen, daß jeder, der über ein Stück deutschen Bodens verfügt, verpflichtet ist, sein Land so zu bewirtschaften, daß er möglichst hohe Bodenerträge

erzielt. Wir Sozialdemokraten müssen fordern, daß Reich und Staat alles tun, um unsere Landwirtschaft zu einer möglichst großen Nahrungsmittelproduktion zu veranlassen. Die Agrarier behaupten, man müsse den Landwirten hohe Preise gewähren, um die Produktion zu steigern. Aber es besteht die Gefahr, daß die Landwirte, wenn sie auch bei geringen Erträgen ein großes Einkommen erzielen, nicht die notwendigen Anreizungen machen, um aus dem Boden so viel als irgend möglich herauszuholen. Deswegen ist es notwendig, daß Reich und Staat einen Druck auf die Landwirte ausüben, um sie zur intensiven Bewirtschaftung ihres Landes zu bewegen. Von größter Wichtigkeit ist es, daß unser Boden genügend gedüngt wird. Schon vor Jahren hat der damalige preussische Landwirtschaftsminister, Genosse Braun, vorgeschlagen, die Düngemittel durch Reichszuschüsse zu verbilligen. Damals bestand noch die Zwangswirtschaft und es wurden vom Reich Zuschüsse zur Verbilligung ausländischer Getreides gekehrt, so daß das Reich bei einer Vermehrung der inländischen Getreideproduktion große Ersparnisse erzielt hätte. Heute ist die Zwangswirtschaft beseitigt und es kann deswegen auch nicht mehr davon die Rede sein, daß den Landwirten aus Reichsmitteln irgendwelche Zuschüsse gezahlt werden. Die Kosten der Düngemittel müßten vielmehr von den Landwirten selbst durch Steuern aufgebracht werden. Diejenigen Landwirte, die in dem nötigen Umfange Dünger verwenden, würden das, was sie an Steuern bezahlt haben, wieder hereinbekommen. Wer aber seine Pflicht zur Düngung vernachlässigt, würde einen empfindlichen Verlust erleiden. So könnte ein heilvoller Anreiz auf die Landwirtschaft ausgeübt werden, durch den die Erträge unseres Bodens vermehrt würden.

Freilich muß dann auch dafür gesorgt werden, daß die Landwirte imstande sind, ausreichende Mengen Dünger zu kaufen, es muß eventuell vom Reich dafür gesorgt werden, daß für die Beschaffung des Düngers Kreditorganisationen gebildet werden, die es auch denjenigen Landwirten ermöglichen, sich den nötigen Dünger rechtzeitig zu beschaffen, dessen Eigenkapital nicht ausreicht.

Auf dem Parteitag in Augsburg ist hervorgehoben worden, daß die Partei die Forderung nach der

### Erfassung der Sachwerte

wieder aufnehmen müsse. In der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, in der die Erfassung der Sachwerte gefordert wird, wurde einmal die Eintragung von Grundschulden auf städtische und ländliche Grundstücke und ferner eine Beteiligung des Reiches an untern industriellen und kaufmännischen Unternehmungen verlangt. So lange die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aufrecht erhalten bleibt, wird man gut tun, bei der Erfassung der Sachwerte die Wohnungsbau- und Grundschulden außer Acht zu lassen. Vieles man auch auf den Wohnhäusern Grundschulden zugunsten des Reiches eintragen, so wäre eine entsprechende Erhöhung der Mieten notwendig. Würden auf landwirtschaftlichen Grundstücken Grundschulden eingetragen, so stiegen bei fortschreitender Geldentwertung die den Reich zuzurechnenden Summen nicht. Deswegen ist es wünschenswert, daß unsere Partei sich eingehend mit dem Vorschlag des obdenburgischen Ministerpräsidenten auseinandersetzt, der fordert, daß der landwirtschaftliche Grund und Boden mit einer in Naturalien, etwa in einer bestimmten Menge Getreide festgesetzten Abgabe zu belasten sei. Eine derartige Abgabe würde dem Reich bei fortschreitender Geldentwertung steigende Einnahmen bringen.

An den Erträgen unserer großen industriellen und kaufmännischen Unternehmungen ist das Reich heute durch die sogenannte Körperschaftsteuer beteiligt. Aber es kommt darauf an, daß das Reich

### nicht nur am Ertrage, sondern auch am Eigentum

der Unternehmungen beteiligt wird. In ständig fortschreitendem Maße bringt ausländisches Kapital in unsere Wirtschaft ein. Es ist die Gefahr vorhanden, daß ein immer größerer Teil unserer Unternehmungen unter die Herrschaft ausländischer Kapitalisten gerät. Diese Gefahr würde stark vermindert, wenn ein erheblicher Teil der Aktien unserer großen Unternehmungen Eigentum des Reiches wären. Zugleich würde auch der Kredit des Reiches im Ausland wesentlich erhöht. Dem Reich würde es dann eher möglich sein, eine Anleihe im Ausland zu erhalten, was wieder für die Bewirtschaftung unserer Währung von der größten Wichtigkeit wäre.

In den letzten Jahren ist der Einfluß großkapitalistischer Magnaten, wie Stinnes usw., gewaltig gewachsen, so daß sie dem finanzlos so schwachen Reich über den Kopf zu wachsen drohen. Wollen wir uns davor sichern, daß in immer stärkerem Maße Land und Volk unter die Vormachtigkeit des Großkapitals kommen, so muß dafür gesorgt werden, daß das Reich selbst

mehr wirtschaftliche Macht bekommt. Deswegen muß auch die Sozialdemokratie fordern, daß die Zahl der vom Reich beherrschten Unternehmungen vermehrt wird. Reich und Länder sehen dem Preiswucher des

Unternehmertums heute zum Teil bestreuen hilflos gegenüber, weil ihre Organe nicht in genügendem Maße einen unmittelbaren Einblick in die Wirtschaft haben und sich nur zu sehr auf die Angaben der sogenannten Sachverständigen, die meist gleichzeitig Interessenten sind, verlassen müssen. Deswegen müssen wir fordern, daß in allen wichtigen Industrien, Kohle, Stahl, Zement usw., ein beträchtlicher Bruchteil der vorhandenen Betriebe vom Reich übernommen wird, wenn vorläufig eine Sozialisierung dieser Wirtschaftszweige noch nicht durchgeführt ist. Dann könnte das Reich besser als heute eine willkürliche Bewachung der Verbraucher verhindern. Eine

### schärfere Ueberwachung der Preisbildung

bei den Kartellen ist dringend notwendig. Es muß entschieden gefordert werden, daß überall in den Verbänden der Industrie bei der Festlegung der Preise Arbeiter-, Verbraucher- und Regierungsvertreter ein Mitbestimmungsrecht erhalten, wie das heute schon in der Kohlen- und Stahlindustrie der Fall ist.

Auch die Erfüllung aller der hier aufgestellten Forderungen würde das deutsche Volk noch nicht von heute auf morgen von seinem Elend erlösen, aber wir wären doch ein tüchtiges Stück vorwärts gekommen. Unsere Partei wird mit einem desto kräftigeren Widerstand des Großkapitals, der Agrarier und der bürgerlichen Parteien zu rechnen haben, je energischer sie die Interessen der Volksmassen wahrnimmt. So lange wir nicht die Mehrheit haben, wird es ohne Kompromisse nicht abgehen und wir werden vorläufig auf die Durchsetzung mancher unserer Forderungen verzichten müssen. Hermann Müller hat in Nürnberg mit Recht gesagt, daß wir nicht jedesmal gleich aus der Regierung austreten könnten, wenn nicht alle unsere Wünsche erfüllt werden. Aber unsere Nachgiebigkeit muß eine Grenze haben. Wir gehören der Reichsmehrheit und der Regierung nicht nur an, um ein bloßes Anhängsel der bürgerlichen Parteien zu bilden. Wenn die bürgerlichen Parteien nicht bereit sind, auf uns die gebührende Rücksicht zu nehmen, so müssen wir ihnen trotz der damit für das deutsche Volk verbundenen Nachteile die Regierung allein überlassen. Wir werden sehen, wie weit sie dabei kommen.

## Die Tabakeinfuhrsperrre aufgehoben

Im Hinblick auf die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Zolls auf Tabak von 60 auf 120 M. pro Tonne Rohzucker ist eine Einfuhrsperrre für Tabak und Tabakerzeugnisse verhängt worden. Diese wird jetzt aufgehoben. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hatte die Regierung teilsweise dazu ermächtigt, den Zoll um 15 M. zu erhöhen. Diese geringe Zollerhöhung hätte in keinem Fall den Tabakverbrauch wesentlich verringern können.

Aus diesem Grunde hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, von der Erhöhung seine Gebrauch zu machen, sondern die Einfuhr zu den alten Höhen wieder zu gestalten, um so mehr, als eine geringe Zollerhöhung lediglich Steuererlösen für Klein- und Mittelbetriebe der Tabakindustrie gebracht hätte, ohne den volkswirtschaftlichen Erfolg der ursprünglich beabsichtigten Maßnahmen zu gefährden.

## Neue Gewitterbildung im Osten

Der Himmel über Rumania, der sich zu entwölken schien, zeigt auf einmal wieder starke Reizung zu Gewitterbildung. Es ist in der Konferenz scheinbar doch nicht alles so glatt abgegangen, wie die gestrigen Meldungen vermuten ließen. Wenig beruhigende Nachrichten aus Konstantinopel berichten, daß in London vorgestern ein Ministerrat stattfand, der bis kurz vor Witternacht dauerte. Dieser gibt unter dem Datum des 6. folgende Erklärung der Vorgänge in Rumania:

Anschließend gingen die Verhandlungen bis gestern ziemlich gut voran, obwohl die Türken soviel wie irgend möglich zu erhalten strebten. Gestern jedoch wurden sie sehr unzufrieden in der Frage Osttraktaten und verlangten die sofortige Befreiung, wollten jedoch keinerlei Zugeständnisse für die Sicherheit der Rumanen usw. geben. Dies führte zur Aufwertung einer politischen Frage, die die Rumanien-Konferenz nicht befugt war, zu behandeln. Infolgedessen legten die drei alliierten Generale nach Konstantinopel zurück, um die Angelegenheit den Oberkommissaren zu unterbreiten. Der britische Oberkommissar hat jetzt die letzten türkischen Forderungen nach London übermittelt, um Beschlüsse zu erhalten. Soweit in London bekannt ist, ist die augenblickliche Schwierigkeit nicht durch die Haltung der griechischen Generale verursacht, sondern allein durch die unannehmliche Haltung der Türken. Soweit Griechenland in Betracht kommt, ist noch nicht bekannt, welches die Haltung der griechischen Regierung über den griechischen Vorkriegsstand hat. Venizelos hat London verlassen, nachdem er den Grundlagens des Pariser Abkommens so gut wie zugestimmt hat, mit anderen Worten, er hat sich in das Unannehmliche gelassen.

Reuter betont weiter, daß in britischen amtlichen Kreisen die Lage als sehr ernst angesehen wird, und Ball Mall schreibt, Ania und Frieden im Orient ruhen wieder auf des Messers Schneide. Jedoch hat die Regierung alles, um eine unblutige Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Unmittelbar nach einer Kabinettsitzung, die gestern mittig unter Lloyd Georges Vertagung stattfand, reiste Lord Curzon nach Paris, um mit der französischen Regierung zu beraten. Reuter unterrichtet ferner, daß die türkische Seite erklärt, es sei jetzt notwendig, daß der von französischer Seite auf

die Türken ausgeübte Einfluß nicht gerade der günstigste und daß die vollständige Abweisung in der Haltung der Türken auf diesen Einfluß zurückzuführen sei. Die Witter erklären, der Einfluß Franklin Bouillons habe sich, wie verlautet, gegen den Erfolg der Konferenz gerichtet.

### Der Aufmarsch der Türken

Türkische Kavallerie ist erneut in die neutrale Zone von Jened eingebracht. — Der Sonderberichterstatter des Daily Chronicle meldet aus Tschana, daß die Zusammenziehung der kemalistischen Truppen fortanere und daß die britischen Truppen sich jetzt in Fühlung mit einer Infanterieabteilung der zweiten Armee Kemal befinden, die den Griechen die Niederlage beigebracht hätte. Die kemalistische Artillerie sei noch eine beträchtliche Strecke entfernt. Der britische General Warden habe die eingetroffenen Verstärkungen sofort eingesetzt und seine Linien verlängert. Weitere in London eingetroffene Nachrichten aus Kleinasien besagen, daß in der neutralen Zone in Randra am Schwarzen Meer in einer Entfernung von 100 Kilometer türkische Kavallerie aufgestellt sei. Man schließt daraus, daß Kemal tatsächlich die Absicht habe, auf Konstantinopel zu marschieren. Das Erscheinen türkischer Kavallerie am Schwarzen Meer deute darauf hin, daß die Türken nunmehr den Konflikt von den Dardanellen an den Bosporus verlegen wollen.

### Zur Verteidigung Adrianopels

Konstantinopel, 5. Oktober. Zwei griechische Militärgänge verlassen Salonik in der Richtung nach Adrianopel.

### Kemal und die Friedenskonferenz

Im englischen Nachrichtenamt ist ein Auszug aus dem Entwurf der Angoraregierung auf die alliierte Einladung eingetroffen. Die Angoraregierung schlägt als Konferenzort für die Friedenskonferenz Smyrna und als Konferenzbeginn den 20. Oktober vor und fordert die Teilnahme Russlands, Ungarns, Serbiens und Georgiens. Die Note ist im Moment in der englischen Presse gegeben.